Vorbereitung des Wartburggesprächs in Eisenach im Evangeliums Rundfunk

Friedrich Gregory, \* 21.3.1956

Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“

Presbyter in der Ev. Christuskirchengemeinde Ahaus, Mitglied in den synodalen Ausschüssen „Gesellschaftliche Verantwortung“ und „Gottesdienst und geistliches Leben“, Organist

* Engagement hinsichtlich der Vernetzung von Kirche und Widerstand, Atomkritische Veranstaltungen im Dorothee-Sölle-Gemeindehaus, Stand auf den Kirchentagen „Christinnen und Christen gegen Atommülltransporte“ im Marktplatz Zukunft der Ev. Landeskirche von Westfalen (Informationen über den kritischen Umgang mit Atomenergie und Klimawandel, Werbung für regenerativen Strom)

**Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“Das ist die Botschaft des Paulus an den verzagten Timotheus.**

Positionen

1. Atomenergienutzung ist eine Hybris, sie ist nicht beherrschbar und birgt ein nicht versicherbares Risiko. (Jede Gebäudehaftpflicht öffentlicher und privater Gebäude schließt die Haftung für radioaktive Schäden und Kriegsfolgen aus – diese Regelung wurde politisch in Kauf genommen.)
2. Demokratische Politik verpflichtet sich, den Vorgaben der Verfassung zu folgen, dies ist ihre Legitimation zu regieren. (Die politisch zu verantwortende Situation der Asse, Radioaktive Stoffe Sickerwasser, bedroht das Recht auf körperliche Unversehrtheit, ein Weiterbetrieb der Atommeiler nimmt solcher Art Risiken in Kauf.)
3. Die Nutzung von Atomenergie ist mit demokratischen Strukturen nicht vereinbar. (Spätestens bei der Endlagerproblematik ist deutlich, dass es schwierig ist eine Gemeinde zu fnden, die so arm ist, dass sie für eine Million Jahre ein Risiko eingeht.(Ergebnis des AK-End-Berichtes) (Die Sendung „Quarks & Co“(Vom Pellet zum Plutonium) hat das Problem sehr anschaulich dargestellt.)
4. Politik wird „wortbrüchig“. (Die Entstehung des Atommüll-Zwischenlagers in Ahaus war an das Wort des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau gebunden, der zusicherte, dass kein Atommüll nach Ahaus kommt bevor ein Endlager existiert. Der Bau des Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop wurde nur mit dem Entsorgungsnachweis Ahaus möglich. Als der HTR - Hamm-Uentrop abgebrochen werden sollte, war ein Sachzwang entstanden, der zum Zwischenlagerbetrieb führte. – Kommentar des Ministerpräsidenten: Da waren andere Zeiten...!)
5. *Die Kommunikationsstrukturen der Politik sind nicht nachhaltig zielführend. (Die Ahauser CDU-Mehrheit stellt Fragen stets an die Betreiber des Zwischenlagers, nicht aber an die kontrollierende Behörde oder an die Bürgerinitiative – sie ist mehr an „Machbarkeitswunsch und Wirtschaftlichkeit“ orientiert als an kritischer Auseinandersetzung. – Die Verlängerung der Laufzeiten wurde zunächst ohne den in der Sache verantwortlichen Bundesumweltminister geführt. Die wirtschaftlichen Interessen sind trotz vieler bekannter kritischer Fakten gegenüber der Atomtechnologie leitend. (Im Energiekonzept der Bundesregierung wird das Risiko der Atomkraftwerke* *und der Endlagerung nicht einkalkuliert, es fehlt diese Argumentationsebene – dies ist für Menschen in der Nähe von Atomanlagen wesentlicher als wirtschaftlicher Gewinn.)*
6. Politiker sind nicht informiert oder sagen Unwahres. (Ein CDU-Bürgermeister: Im Ahauser Zwischenlager sind nur Handschuhe und Putzlappen und Krankenhausmüll) (MdB Jens Spahn: Wer gegen das Atommmüll-Zwischenlager ist, ist gegen medizinischen Fortschritt.) (Unter 4% des schwach-mittel radioaktiven Mülls stammen aus Krankenhäusern.)
7. Politiker erscheinen gewissenlos. (Die sächsische Umweltministerin hält immer noch an dem Ziel fest, die hochradioaktiven Castoren nach Majak zu bringen, wahrscheinlich die am meisten verstrahlte Region der Erde mit weniger demokratischen Strukturen (Dort war ein Atomunfall, der 1958 die doppelte Menge radioaktiver Emissionen als der Tschernobyl – GAU freisetzte ohne weitere Information einer größeren Öffentlichkeit.)
8. *Politiker werden falsch informiert bzw. sind ihren Informationsquellen gegenüber nicht ausreichend kritisch. (Prof. Dr. Kühn, Berater der Bundeskanzlerin, verantwortlich für den Betrieb der Asse, werden etliche widersprüchliche Aussagen vorgeworfen. Die Fachleute der Asse arbeiten weiter bei Schacht Konrad, beraten bezüglich Gorleben – Falschaussagen führen kaum zum Personalwechsel ) (Untersuchungsbericht zu Majak? Beschreibt die sehr kritische Situation einerseits und kommtdann unlogisch und überraschend zum Ergebnis, dass der Transport durchgeführt werden kann.) (Besucher z.B. CDU-Fraktion der Stadt Stadtlohn bei Ahaus erhalten die Information, dass der Ahauser Atommüll „Schacht Konrad gängig „ sei. Dies stimmt aber nur für die Schwach-mittel - Radioaktiven Stoffe, die Castoren aus Rossendorf – hochradioaktiv - sind ohne weitere Perspektive eingelagert, sie wurden verschwiegen. Eine sinnvollere Alternative wäre die Information durch das BfS oder BMU*
9. Politik macht sich nicht selbst transparent, sondern wird durch kritische Bürger zur Transparenz genötigt – dies ist nicht Vertrauen fördernd. (Verschiedene Angaben zur Menge radioaktiven Materials – Bürgermeister Ahaus 7 kg/Behälter, VKTA/ Sächsische Staatsregierung 20 kg/Behälter, Bundesamt für Strahlenschutz genehmigte 35 kg/Behälter.)
10. (Qualität der Jülich-Castoren – marode Graphit-Kugeln erlauben keine sichere Abschätzung des Risikos – Fachleute schätzen diesen Müll als nicht Endlager – fähig für mind. 100 Jahre ein. – Dies ist der Öffentlichkeit vorenthalten.)(Ob die Jülich-Castoren beim Transport durch die Erschütterungen stabil bleiben oder durch Reaktionen der Graphitkugeln im Inneren beschädigt werden, ist nicht sicherzustellen, da der Zustand der Kugeln nicht bekannt und nicht untersuchbar ist.) (Der Atommüll der Asse ist in vielerlei Hinsicht nicht bekannt, die Menge an Radioaktivität sowie auch die Qualität des Mülls sind nicht umfassend dokumentiert – dies erschwert die Rückholung erheblich.)
11. Politik wird von der Atomlobby vorgeführt und in schlechte Positionen gebracht – hat sich nicht konsequent gewehrt... (Laufzeiten der Zwischenlager bis 2040, nun aber bis 2080 in Lubmin – deutlich wird, dass niemand erwartet, binnen 70 Jahren ein Endlager zur Verfügung zu haben (bis zu diesem Zeitpunkt sind wahrscheinlich die Uranressourcen verbraucht, in diesem Bereich kein Geschäft mehr zu machen, so dass die Unternehmen sich aus diesem Geschäftsfeld zurückziehen werden, der Staat das gesamte Müllproblem zu bezahlen hat.) (Unsinnige Transporte: Aus der baugleichen Zwischenlagerhalle in Rossendorf, aus der jüngeren Halle in Jülich (dort wären Elektroarbeit nachzurüsten) werden Castoren nach Ahaus transportiert um weiter zwischengelagert zu werden. Für eine Endlagerung müssen hochradioaktive Stoffe umgepackt werden, dies ist nicht in Ahaus möglich.)
12. Politiker haben nicht genug Durchsetzungskraft. (Die Rückstellungen für die Finanzierung des Endlagers sind nicht in der Hand des Staates, die Verzinsung dieser 28 Mrd. € wird nicht versteuert.) (Die Kosten der Asse werden z.Zt. vom Staat aus „Forschungsmitteln“ bezahlt. Die Rückholung soll 3,7 Mrd. € kosten – aber niemand weiß, welche technischen Probleme und Risiken auftreten werden und wie sie zu lösen sind.)
13. Die Verantwortlichkeit der Politik für die Verfassung und ihr Einsatz dafür werden nicht deutlich genug. (Der Entsorgungsnachweis für Atommüll gehört zu den Bedingungen für den AKW-Betrieb. Das fehlende Endlager schafft eigentlich die Verpflichtung, die Atomkraft zu stoppen. Der seit langem gültige Nachweis besteht nur in der „Höffigkeit“ des Schachtes Gorleben, dies ist unbedingt als Entsorgungsnachweis aufrecht zu erhalten – ohne Rücksicht auf eindeutige Kritik an der Eignung dieses Lagers – damit weiter viel Geld erwirtschaftet werden kann auf Kosten zukünftiger Generationen.)
14. Politiker sagen, was man ihnen sagt: Atomstrom ist „bezahlbar“. Die Subventionen werden nicht in der Preis mit eingerechnet, die eigentlich notwendige Haftpflichtversicherung wird nicht eingerechnet (Der Bund stellt bei einem GAU 10 Mrd. zur Verfügung – völlig unzureichend). Die Zeiträume einer Endlagerung sind prinzipiell nicht wirtschaftlich kalkulierbar. Ein GAU in Biblis würde das wirtschaftliche Ende der BRD bedeuten und nicht vorstellbares menschliches Leid. Bisher laut Greenpaece-Studie / Quarks & Co wurde 200 Mrd. € subventioniert, weitere 100 Mrd. ohne Laufzeitverlängerung, also mind. 4 ct. Pro KWh vom Steuerzahler. Gleichwohl wird Atomstrom aus dem alten Atommeiler Biblis für 2 ct produziert – scheinbar billig.
15. Politiker bezeichnen Atomstrom als zuverlässig. Im heißen Sommer 2003 mussten viele AKWs in Frankreich abgeschaltet werden, da die Loire zu wenig Wasser führte, die hohe Nachfrage aus Frankreich verhinderte ein Sinken des Atomstrompreises an der Börse in Leipzig.
16. Politiker in NRW benutzen auf ihrer Website als MdL Formulierungen der Atomwirtschaft „Sauber, sicher und bezahlbar“. Dies ist zu distanzlos und macht die Abhängigkeit bzw. unangemessene Verbrüderung mit der Lobby deutlich. Hier ist deutlich zu unterscheiden, dass Politiker auf die Verfassung vereidigt werden. Die Energieunternehmen sind grundsätzlich dem Gewinn bzw. den Aktionären verpflichtet.
17. Politik sorgt nicht für deutlich unabhängige Kontrollstrukturen. (Der TÜV-Süd ist anteilig auch im Besitz der EnBW und kontrolliert Atomanlagen der EnBW.)

Position zur Lösung

Politiker könnten Vertrauen auf der Basis des AKend erarbeiten. Die BI-Ahaus sieht nur diesen Weg als erstrebenswert.

Der AkEnd legte sowohl ein Set geowissenschaftlicher wie auch ein Set sozialwissenschaftlicher Kriterien für die Eignung eines Endlagerstandortes vor. Darüber hinaus unterbreitete er einen Verfahrensvorschlag für die Suche und Auswahl eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Deutschland.

Man kann die Phaseneinteilung des vom AkEnd für eine Standortsuche vorgeschlagenen Prozesses zugrunde legen

Phase 1: Erarbeitung von Vorschlägen zu Verfahren und Kriterien,

Phase 2: Gesellschaftliche Auseinandersetzung (Aushandlungen) und

politische Entscheidung zu diesen Vorschlägen,

Phase 3: Anwendung/Durchführung

der in Phase 2 getroffenen Entscheidungen).

Es lassen sich die Phase 1 unter prozeduralem Aspekt als *diskursdominiert*, die Phase 2 als *verhandlungsdominiert* und die Phase 3 als *partizipationsdominiert* ansehen.

Die Arbeit des AKend hätte in einer Arbeitsgruppe weitergeführt werden müssen. Die formulierten Kriterien für die Qualität dieses Arbeitsprozesses sind schlüssig.

Diese Arbeit wurde nicht fortgesetzt, da die Polarisierung nicht bewegt werden konnte, die Atomkraft-Befürworter sahen die Notwendigkeit dazu nicht ein, sie halten Gorleben für geeignet, es ist zu Ende zu erforschen – egal, ob es fachwissenschaftlichen Kritiken standhält oder nicht (Entsorgungsnachweis...).

Diese Haltung ist wirtschaftlich und politisch sehr teuer, letztlich mündet sie in die Verlängerung der Laufzeiten und in andauernde Demonstrationszüge mit den entsprechenden Bildern. Für junge Menschen entstehen höchst ambivalente Erfahrungen von egal bis radikal – die entsprechenden Reaktionen erscheinen nachvollziehbar, die Schäden für eine glaubwürdige Demokratie sind nicht kalkulierbar, das politische Bewusstsein wird leider pauschal auf viele andere Themen übertragen und löst Unmut aus.

Die Forderung nach sofortigem Abschalten der AKWs erscheint schon seit den Anfängen der Anti-Atom-Bewegung utopisch, sie wird trotzdem immer wieder gestellt. Da diese Forderung für manche Menschen diskreditierend erscheint, möchte ich sie kurz begründen: Zunächst gehen wir davon aus, dass der Mensch und sein Handeln nicht 100% perfekt sind. Das Risiko eines GAUs ist nicht wegzudiskutieren, es ist prinzipiell vorhanden. Die weitere Anhäufung von Atommüll ist gegenüber zukünftigen Generationen nicht verantwortbar – es ist ein schlechtes Argument seit Jahrzehnten (!), dass ja schon Müll vorhanden ist, der entsorgt werden muss, so dass etwas mehr davon nicht entscheidend ist. Die seit Jahrzehnten nicht gelingende erfolgreiche Suche nach einem geeigneten Endlager verbietet den Weiterbetrieb, die „Höffigkeit“ von Gorleben ist kein akzeptabler Entsorgungsnachweis. Die Sicherheit der Atomanlagen wird von keiner Versicherungsgesellschaft versichert, das Risiko ist zu hoch. Die Erfahrungen von Stilllegungen von AKWs, insbesondere in Frankreich machen deutlich, dass Strommangel nicht direkt zu erwarten ist sondern nur ein erhöhter Preis, der an der Strombörse gehandelt wird – für dieses Szenario sind mir keine Untersuchungen bekannt, nur die Ralität des heißen Sommers 2003 Würde in den Preis für Atomstrom die Risikoversicherung einfließen, wäre der Strom viel zu teuer – Annahmen gehen von über einem € pro KWh aus.

 ENDE

Woran ich mich so erinnere bezüglich „Glaubwürdigkeit in der Politik“:

Auftrag und Zusammensetzung des AKend erklären!!!

**Sauber, sicher und bezahlbar** – Werbe Motto im Wahlkampf der CDU, entlehnt der Werbung der Energiekonzerne z.B. RWE? – Texte des Bundeswirtschaftsministeriums sind kopiert aus Broschüren der Lobby, Personalpolitik: Berater H. Fuchs „Endlagerpapst“ Asse-Verantwortlich z.Zt. Merkel-Berater

**Sauber:** 10 Min. rasieren, Gefahr für 40000 Generationen, reale CO2 Emission? Abbau und Anreicherung (Dimensionen des abgereicherten Materials, Transportwege und Risiken auch politische

**Sicher** – Tschernobyl Frankreich im Sommer Biblis Betriebszeiten Uranvorkommen , URENCO Herr Khan – „Schurkenstaaten“, Gutachten stellen Probleme dar und resümieren verharmlosend irreführend, Infostruktur in Ahaus – Bürgermeister fragt nach bei BZA, nicht bei der kontrollierenden Behörde, TÜV in Badenwürttemberg gehört anteilig auch der EnBW etc. – Hybris der Beherrschbarkeit, Gier,

**Bezahlbar:** 200 MRD. Förderung , Endlagerdauer in geologischen Zeiträumen, Haftpflichtversicherung würde einen Preis von 1 € / KWh sein??- Preis für Leukämie, Erbschäden? – „In Kauf nehmen“, Strompreis an der Börse im heißen Sommer

Werbeetat riesig Green-washing-Struktur, Gelber Strom, Verdrängen unbequemer Wahrheiten zugunsten größerer Geldzuwendungen (Ahaus ca 100.000€ mtl.), kein nachhaltig volkswirtschaftliches Denken (Leben auf Kosten der Zukunft bzw. armer Menschen auch in fernen Ländern (Uranabbau),

Kirche als Werteträger, Anspruch auf Wahrheit und Verantwortung gegenüber der Schöpfung, hoher Sicherheitsbedarf beim Belegen von Aussagen, Riss durch die Bevölkerung durch auch Fehlinformationen – Bürgermeister Enning Haarmenn sagt noch in 200?, dass in Ahaus nur Handschuhe und Putzlappen liegen, MdB Jens Spahn argumentiert für das BZA „Wer gegen das BZA ist, ist auch gegen medizinischen Fortschritt, da dort auch der Müll aus Krankenhäusern ist“ (200?)

Entstehung des BZA – Wortbruch der Landesregierung

Bewertung friedlichen Widerstandes durch Mitbürger „mehr Angst vor Demonstranten...“

AK-end

Finnland 🡪 Fix 3 Mrd jetzt 7 Mrd Siemens raus, Areva verstimmt,, UK wollte 3 bestellen, aber Sicherheitsmängel 🡪 Finnland weg ... OLKILUOTO EPR

Choir catcher – Waffeleisen als Sicherheitskonzept für Brennelementekammer im Raktorkern

2.3. Generation, dann sicherer als die Sichersten der Welt z.B. Spiegel.de

Jens Spahn MdB „Gesamtstaatliche Verantwortung“

Vortkamp: CDU Fraktionsvorsitzender CDU im Rat Ahaus „fragen wir unsere Freunde vom BZA! 🡪 Kontrollbehörden fragen nicht Betreiber – oder die Widerstandsbewegung

Atom-Amnesie im ASSE-Ausschuss: Herr Röttgers // Rüttgers uvm.

Dr. Kühn – Berater von Frau Merkel – für Lagerung im Salz – Verantwortlich für Asse

Anzeigen gegen Prof. Dr. Klaus Kühn 🡪 „Endlagerpapst“

Jens Spahn MdB: Wer was gegen med. Forschung hat – Zwischenlager nur für Handschuhe, Putzlappen

Ethik-Preis URENCO 🡪 Kahn (Vater der Atombombe in Pakistan siehe wwww), Hermann Scheer fragen?

TÜV in Bayern/Baden-Württemberg gehört auch den EnBW (Stefan Wenzel) TÜV Süd: 0800 5791 5001

Die Verbraucher in Deutschland zahlen jedes Jahr 18 Milliarden Euro für die Stromnetze, davon landen aber nur 2 Milliarden tatsächlich in den Anlagen, so der Bund der EnergieverbraucherHier der funktionierende Link zum Verbraucherschutzring: [http://advosearch.info/ju...](http://advosearch.info/justorange.cms/18_ZumNachschlagen/auswahl/18_2-051219202104.html)

Offensichtlich wird auch, dass genügend Geld auch für Erdleitungen zu Verfügung stehen würde.

Es ist den Energieriesen ganz Recht, dass sie den Wiederstand gegen Hochspannungsleitungen ins Feld führen können. sie wollen die Ausgaben für den Netzausbau ohnehin lieber gar nicht leisten

Eine Regierung muss regieren, also etwas entwickeln, unterstützen, fördern – aber auch begrenzen unter Einbeziehung der Grundrechte im Sinne eines Schutzes der Bevölkerung und der Solidarität mit den Schwächeren – das Szenario ist zunächst ein Konstrukt, das Objektivität versucht, eine Fehlerdiskussion ist detailliert nicht enthalten – z.B. der Uran-Markt, politische Veränderungen weltweit etc. Meine Sicht konzentriert sich auf Strukturen, die die Grundsicherheiten stören: Unklare Darstellungen der Zwischen- und Endlagersituation, grundsätzlich die Frage nach der Entscheidbarkeit über demokratische Strukturen, wenn es um fachwissenschaftliche Positionen geht – Gorleben und die Einwände gegen Salz als Träger, Deckgebirge etc., grundsätzliches Misstrauen gegenüber Gutachten – Prof. Traube-Bericht

Zitat Bundesregierung: „Mit dem Energiekonzept formuliert die Bundesregierung Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung und beschreibt erstmalig den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Es geht um die Entwicklung und Umsetzung einer bis 2050 reichenden Gesamtstrategie. Damit wird eine langfristige Orientierung gegeben, die zugleich die notwendige Flexibilität für neue technische und wirtschaftliche Entwicklungen wahrt. Ein regelmäßiges konsequentes Monitoring wird dazu dienen Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Im Energiemix der Zukunft sollen die erneuerbaren Energien den Hauptanteil übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch erneuerbare Energien ersetzt. Dabei baut die Kernenergie eine Brücke auf dem Weg dorthin.

**Die neun Handlungsfelder im Einzelnen:**

Erneuerbare Energien als eine tragende Säule zukünftiger Energieversorgung

Schlüsselfrage Energieeffizienz

Kernenergie und fossile Kraftwerke

Leistungsfähige Netzinfrastruktur für Strom und Integration erneuerbarer Energien

Energetische Gebäudesanierung und energieeffizientes Bauen

Herausforderung Mobilität

Energieforschung für Innovationen und neue Technologien

Energieversorgung im europäischen und internationalen Kontext

Akzeptanz und Transparenz

Reaktionen der Bevölkerung

120 Kilometer Menschenkette, "Atomalarm"-Aktionen vor 60 Abgeordnetenbüros, 100.000 Menschen, die das Regierungsviertel mit einer Großdemonstration fluten, die kraftvollen Proteste gegen den Castor-Transport: 2010 war ein Jahr der Auseinandersetzung um die Atomkraft. Überall im ganzen Land machten wir mit unseren Bündnispartnern und gemeinsam mit Ihnen gegen die schwarz-gelbe Atompolitik mobil. Wir haben das Jahr in einem Video für Sie zusammengefasst - und analysieren, was es gebracht hat und wie es jetzt weitergeht.

[Schauen Sie sich unseren Jahresrückblick an...](https://service.gmx.net/de/cgi/derefer?TYPE=3&DEST=https%3A%2F%2Fwww.campact.de%2Fcampact%2Fspenden%2Fsupport2)

Auf den ersten Blick haben wir die Auseinandersetzung um die Atomkraft verloren. Nach anfänglichem Zögern hat die Regierung ihren Atom-Deal mit den Konzernen knallhart durchgeboxt. Doch wir haben trotzdem viel erreicht!

Als Teil ihres Energiekonzepts wollte die Regierung längere AKW-Laufzeiten als wissenschaftlich fundiert erscheinen lassen. Doch mit unseren bildstarken Aktionen haben wir den wahren Inhalt hinter dieser Verpackung in Erscheinung treten lassen. Der Atom-Deal wurde zum Symbol schwarz-gelber Klientelpolitik - im Superwahljahr 2011 wird sie dafür die Quittung erhalten. Zudem stehen die Chancen gut, dass die Verfassungsrichter in Karlsruhe das Atomgesetz kassieren: Konfrontiert mit den massiven Protesten wollte die Regierung das unpopuläre Thema möglichst schnell vom Tisch haben - und hat das Atomgesetz verfassungswidrig (?!) am Bundesrat vorbei manövriert.